

## Die Zukunft anpacken!

Schleswig-Holstein vor Herausforderungen



*Liebe Leserinnen und Leser,*

zu Beginn eines Jahres fragen wir uns, was wohl auf uns zukommen wird in den nächsten Monaten. Das vergangene Jahr hat uns eine deutliche Entspannung bei der Corona-Pandemie gebracht. Das hat den Menschen gutgetan.

Leider hat uns 2022 aber auch einen neuen Krieg in Europa beschert. Dieser hat zu einer Energiekrise mit steigenden Preisen geführt, die uns allen Sorgen macht. Die Preise steigen aber nicht nur wegen der Energieknappheit, sondern eben auch wegen gestörter Lieferketten, einer geänderten Außenhandelspolitik Chinas und durch den Fachkräftemangel in Deutschland.

Die Politik in Bund und Land versucht, die Auswirkungen so klein wie möglich zu halten. Dazu werden Schulden in lange nicht gekanntem Ausmaß aufgenommen. Nach der Corona-Pandemie wurde im Kieler Landtag zum zweiten Mal eine haushaltspolitische Notlage beschlossen, um Schulden für noch nicht festgelegte Ausgaben zu genehmigen. Nach unserer Überzeugung wurde damit erneut die Verfassung missachtet: Der zeitliche und sachliche Zusammenhang zur Krisenbewältigung fehlt.

Aus den Fehlern der Vergangenheit hat die Politik nicht gelernt! Wieder werden die Mittel wahllos verteilt, auch an diejenigen, die die Hilfe gar nicht benötigen. An die künftigen Generationen, die diese Schulden einmal zurückzahlen müssen, denkt niemand mehr. Dabei steigen die Zinsen. Dieses bedeutet, dass die kommenden Haushalte durch den Schuldendienst stärker belastet werden. Zudem treibt eine schuldenfinanzierte Ausgabenpolitik die Inflationsrate.

Vor uns liegen große Aufgaben, die von Bund und Land gemeistert werden müssen: Eine dringend überfällige Neuordnung unseres Krankenhauswesens wird ohne erhebliche öffentliche Investitionen nicht möglich sein. Die Infrastruktur muss weiter saniert werden und auch die Umstellung unserer Energieversorgung braucht erhebliche Mittel.

Im Jahr 2022 hat das Land Schleswig-Holstein die höchsten Steuereinnahmen seiner Geschichte verzeichnet. Das Geld gehört in zukunftsgerichtete Investitionen und nicht in noch mehr Personal sowie in fragwürdige Förderprogramme. Hier sind wir als Interessenvertretung stärker gefragt als je zuvor. Dabei wollen wir den Staat nicht „kaputtsparen“, sondern dafür sorgen, dass das viele fleißig erarbeitete Steuerzahlergeld für die richtigen Ziele ausgegeben wird. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung!

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein erfolgreiches und gesundes Jahr! Für uns alle hoffe ich, dass wir von weiteren Katastrophen und Hiobsbotschaften verschont bleiben.

Mit herzlichen Grüßen  
**Ihr Dr. Aloys Altmann**  
Präsident des Bundes der  
Steuerzahler Schleswig-Holstein

## In eigener Sache

Bisher haben wir den Nord-Kurier als gemeinsame Beilage der Landesverbände Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein herausgegeben. Sie konnten darin regelmäßig auch Beiträge aus den Nachbarländern lesen.

Beginnend mit dieser Ausgabe erscheint der Nord-Kurier nur noch für die Mitglieder in Schleswig-Holstein. Für Sie ändert sich nichts! Erscheinungsweise und Umfang bleiben gleich und Sie werden regelmäßig mit aktuellen Informationen aus Ihrem Landesverband versorgt. Gern nehmen wir Ihre Anregungen und Kommentare entgegen. Die Erreichbarkeit finden Sie im Impressum.

*Ihre Redaktion*

## Sie lesen in dieser Ausgabe



Ungewöhnlich deutlich hat die FDP-Landtagsabgeordnete Anna-Bell Krämer (Bild) die Finanzpolitik der schwarz-grünen Landesregierung kritisiert.

Die finanzpolitische Sprecherin kritisiert, wie die Landesregierung sich über geltendes Recht hinwegsetzt und mit Steuergeldern jongliert. Die Abgeordnete hat Zweifel, ob die für die ungehemmte Schuldenaufnahme nötige Haushaltsnotlage überhaupt vorliegt. Und sie rechnet dem kleinen Koalitionspartner vor, dass Ausgaben der Zukunft etwa für Klimaschutz jetzt mit in das Paket genommen worden sind. Ihre Vorwürfe treffen immer auch den großen Koalitionspartner CDU, der um des lieben Friedens willen mit den Grünen gestimmt hat zu Lasten der Logik und einer seriösen Finanzpolitik.

Seite 3

# Ein unfassbares Kompetenzgerangel

## Viele Behörden zeigten sich als unfähig in der Krisensituation

Ein zu hoher Kran, verladen auf einem Schiff, hat die beiden Holtenauer Hochbrücken schwer beschädigt. Dass dieses trotz einer vorgeschriebenen Höhenmessung in der Schleuse passieren konnte, ist für sich schon ein Skandal. Doch noch viel schlimmer ist das anschließende Kompetenzgerangel der Behörden.

Mit durchschnittlich 60.000 Fahrzeugen pro Tag sind die beiden Brücken die wichtigste Verbindung der nördlichen Kieler Stadtteile ins Zentrum. Staus und lange Umleitungsstrecken waren die Folge der Brückensperren. Zeitweise waren auch die Buslinien unterbrochen, der gesamte öffentliche Verkehr auf eine kleine Personenfähre für 50 Passagiere angewiesen.

Doch wer jetzt auf unbürokratische und schnelle Hilfe hoffte, wurde enttäuscht. Die Brücken gehören dem Bund und werden vom Landesbetrieb Verkehr verwaltet. Der Kanal inklusive der Fähre wird von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes betrieben. Für den öffentlichen Nahverkehr ist die Stadt Kiel zuständig.

Der Landesbetrieb Verkehr bemühte sich zumindest noch um schnelle Umleitun-



© Erich Westendarp / pixabay

gen und Notfahrbahnen. Die Stadt Kiel bot Fördedampfer als Ersatzfähren an. Doch die Kanalverwaltung stellte sich quer: Zunächst befürchtete sie eine Beschädigung ihrer Anleger, dann forderte sie gelbe Blinkleuchten für das Ersatzschiff und verlangte eine Kostenübernahmeerklärung, um eine finanzielle Beteiligung auszuschließen. Dass zwischenzeitlich Fußgänger und Fahrradfahrer teilweise mehr als zwei Stunden im Winter auf die Überfahrt warten mussten, war den Verantwortlichen offenbar egal. Landesverkehrsminister und Kiels Oberbürgermeister mussten kämpfen, damit überhaupt ein

Bundesmitarbeiter an den Krisensitzungen teilnahm.

Was die Verantwortlichen vergessen: Schifffahrtsverwaltung, Landesverkehrsbetrieb und städtischer ÖPNV werden aus unseren Steuergeldern bezahlt! Darum haben die Bürger auch einen Anspruch, dass im Notfall alles getan wird, um die Auswirkungen für Betriebe, Pendler, Schüler und alle anderen Nutzer so klein wie möglich zu halten.

**Rainer Kersten**  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

## Wenn die Rechnung ein Rätsel bleibt

Die Berechnung der Energiepreise wird immer undurchschaubarer! Wohl kaum ein Verbraucher ist noch dazu in der Lage, die Rechnung seines Versorgers zu verstehen. Doch wenn man sie nicht versteht, kann man auch nicht prüfen, ob sie korrekt ist. Selbst die juristischen Experten der Verbraucherzentralen heben die Arme: Eine unabhängige Überprüfung der von den Versorgungsunternehmen berechneten Preise ist nicht mehr möglich. Zu kompliziert sind die Regelungen und zu unterschiedlich die Verhältnisse.

Klar ist: Die Gaspreise sind in den letzten Monaten extrem gestiegen. Einige Versorger haben daraufhin ihre Arbeitspreise massiv erhöht, andere noch nicht. Der Grund liegt in dem unterschiedlichen Einkaufsverhalten: Wer als Versorger schon vor zwei Jahren die notwendigen Gasmengen eingekauft und die Preise fixiert hat, steht jetzt relativ günstig dar. Wer dagegen auf den aktuellen Märkten einkaufen muss, zahlt natürlich auch die kurzfristig hohen Preise.

Noch komplizierter ist die Berechnung des Strompreises. Hier geht es nämlich nicht um die tatsächlichen Kosten beim Versorger,

sondern um die fiktiven Erzeugungspreise. Teuerster Primärenergieträger ist Erdgas. Somit wird der Strompreis danach festgelegt, was die Erzeugung einer Kilowattstunde durch Erdgas gekostet hätte. Bei den Nutzern anderer Energieträger sollen die dadurch entstehenden Gewinne mit der „Übergewinnsteuer“ abgeschöpft werden. Am stärksten betroffen sind davon ausgerechnet die Wind-, Solar- und Biogasanlagen, die eigentlich für den Ausbau der regenerativen Energien sorgen sollen.

Die hinter den Berechnungen verankerten Formeln versteht kaum noch jemand. Das gilt im Übrigen auch für die politisch beschlossenen Entlastungspakete. Politiker beschließen derzeit Energiepreisformeln und Entlastungspakete, deren Auswirkungen nicht einmal Experten ausrechnen können. Es ist Zeit für eine grundlegende Reform! Eine schwere Krise ist dazu immer eine gute Gelegenheit.

**Rainer Kersten**  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

# Notkredit ohne Not ist bedenklich

*FDP-Abgeordnete Annabell Krämer: Finanzpolitische Seriosität sieht anders aus!*

**Der Landtag Schleswig-Holstein hat am 14. Dezember einen vierten Nachtragshaushalt gegen die Stimmen der FDP-Fraktion beschlossen. Die Landesregierung wurde dadurch ermächtigt, den Ukraine-Notkredit um eine zusätzliche Milliarde zu erweitern.**

Eigentlich verhindert die Schuldenbremse defizitäre Haushalte. Eine Ausnahme bildet die Ausrufung der außerordentlichen Notlage. Dass diese nach Art. 61 Abs. 3 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein an strenge Voraussetzungen geknüpft ist, welche bei näherer Betrachtung mitnichten erfüllt sind, scheint allen voran der Regierungskoalition aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen völlig egal zu sein.

Denn um eine außerordentliche Notlage durch unsere Verfassung zu begründen, müssen folgende drei Punkte gleichzeitig erfüllt werden: Erstens muss die Notsituation außergewöhnlich sein und sich zweitens der Kontrolle des Staates entziehen. Darüber hinaus muss die kurzfristige finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates gefährdet sein. Und genau bei diesem Punkt bestehen doch erhebliche Zweifel.

Das Land ist nämlich erheblicher Nutznießer der Inflation. Die immens steigenden Preise und höheren Lohnabschlüsse führen unter anderem durch die Umsatz- und Einkommensteueranteile zu sprudelnden Landesfinanzen. So kann das Land laut Steuerschätzung im Oktober mit rund 800 Millionen Euro Steuermehreinnahmen im Vergleich zum Haushalt 2022 rechnen. Zur Abfederung der finanziellen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine stehen der Finanzministerin außerdem schon die im April 2022 umgewidmeten 400 Millionen Euro aus dem Corona-Notkredit zur Verfügung. Stand 30. November hat das Land aber erst rund 27 Millionen Euro aus diesem Ukraine-Notkredit verausgabt. Trotz dieser hervorragenden Situation ist die grüne GroKo bereit, weitere Schulden in Milliardenhöhe aufzunehmen, um zukünftige – insbesondere – grüne Projekte schon jetzt

finanziell in trockenen Tüchern zu wissen. Dieses auch noch in Form eines Nachtragshaushaltes im Dezember 2022 – wissend, dass die zusätzlichen Mittel weder in 2022 gebraucht noch gemäß Haushaltsentwurf in 2023 benötigt werden.

Selbst der von uns Freien Demokraten beim Corona-Notkredit unter hartem Widerstand der Grünen verhandelte Passus, dass strukturelle Steuermehreinnahmen vorrangig



*Autorin unseres Gastbeitrages Annabell Krämer, Mdl.*

vor der Inanspruchnahme von Notkrediten verwendet werden müssen, ist nun unter schwarz-grün dem Wunsch ungehemmter Mittelverwendung zum Opfer gefallen. Die Handschrift der Grünen lässt sich dabei sehr einfach erkennen. Es werden Sondervermögen für die kommunale Wärmewende und zur Dekarbonisierung der Wirtschaft gebildet. Sicherlich hehre Ziele, die aber nicht in sachlicher Konnexität zum Ukrainekrieg stehen und schon gar nicht in einem engen befristeten zeitlichen Zusammenhang zu sehen und somit aus dem ordentlichen Haushalt zu finanzieren sind. Zusätzlich gibt es eine Rücklagenbildung für Klimaschutzprogramme für Bürgerinnen und Bürger. Das bedeutet eine

Rücklagenbildung mittels Kreditermächtigungen für Wärmepumpen zur finanziellen Unterstützung des wohlhabenden Wählerklientels der Grünen. Dass Staatsschulden zukünftige Forderungen des Staates gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern sind, geht in der öffentlichen Debatte allerdings vollkommen unter.

Von der Union, die sich die Schuldenbremse als Erfolgsmodell in ihr Landtagswahlprogramm geschrieben hat, hätte ich dieses Vorgehen nicht erwartet. Dass die Mutterpartei durch die weitere Schuldenaufnahme die zukünftige Generation völlig aus den Augen verloren hat, ist selbst der Jungen Union aufgefallen. Denn die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen. Ist die Schuldenbremse doch gerade deshalb eingeführt worden, um die Herausforderungen von heute nicht vollkommen auf die nächsten Generationen abwälzen zu können.

Es ist richtig, dass der Staat diejenigen unterstützt, die aus eigener Kraft die multiplen Krisen nicht bewältigen können. Eine Generalversicherung zur Kompensation sämtlicher Krisenfolgen und aller Belastungen für jeden, kann und darf der Staat aber nicht sein. Es ist daher umso erschreckender, dass in der öffentlichen Diskussion das Bild gezeichnet wird, dass der Staat der Kümmerer zur Abfederung aller möglichen Herausforderungen ist.

Für mich als Abgeordnete der Freien Demokraten ist eins klar: Die Herausforderungen in der Zukunft werden nicht kleiner. Die Tilgung des neuen milliardenschweren Notkredites und die daraus folgenden steigenden Zinsbelastungen schränken die Tragfähigkeit der Landesfinanzen erheblich ein. Dieses Geld wird zukünftigen Generationen fehlen, um unser immer maroder werdendes Bildungssystem zu reformieren, Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen und damit den Weg für ein wirtschaftlich starkes Schleswig-Holstein zu ebnet.

*Annabell Krämer*

# Blick durch das Land



Der russische Staatschef Putin, so ist anzunehmen, hat den Jahreswechsel gefürchtet. Schließlich hat da der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz via TV dem Despoten in Moskau die Leviten gelesen. Und wie das nun mal seine Art ist, hat Scholz auch bei diesem Auftritt kein Blatt vor den Mund genommen, sondern in Richtung Russland nachhaltig gedroht und gewarnt. Sie haben gar nicht gemerkt, dass das ironisch gemeint war? Richtig ist, dass der deutsche Bundeskanzler seit Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine selten Klartext gesprochen hat. Das gilt übrigens nicht nur für den Umgang mit den Russen, sondern auch mit der Art, wie Scholz die eigene Bevölkerung behandelt. Immerhin: Er hat im Bundestag von einer Zeitenwende gesprochen und folgerichtig hat es diese relativ eindeutige Formulierung zum Wort des Jahres

geschafft. Aber Scholz wäre nicht Scholz, wenn er nicht kurz darauf ein Sondervermögen angekündigt hätte, um die Bundeswehr zu ertüchtigen. Das Wort Vermögen hörte sich so gut an, das es in diversen Bundesländern kopiert wurde. Kleines Problem am Rande: Das Vermögen gibt es nicht, sondern nur zusätzliche Schulden. Aber es klingt gut, wenn von Vermögen die Rede ist und nicht von neuen Krediten in bislang ungekannter Höhe. Außerdem macht es sich demnächst gut, wenn die Bank den oder die KontoinhaberIn zu einem Gespräch lädt über den hohen Kreditstand. So ähnlich wie unser Kanzler bescheiden wir dann den nervigen Frager, wir würden das Problem lösen durch eine einfache Überweisung von unserem Vermögenskonto.

Ganz so einfach ist das nicht im realen Leben? Seien Sie versichert, auch die „neuen“

Schulden der diversen Regierungen auf Bundes- und Landesebene sind real. So real, wie es seit vielen Jahren unsere Formel ist: Wir leben zur Zeit zu Lasten kommender Generationen. Anders aber als Vater/Mutter und Großeltern schert es die Politiker wenig, wenn sie trotzdem immer neue Schulden machen. Wenn die Corona-Krise endgültig überwunden und der Krieg Russlands gegen die Ukraine beendet ist, muss in Deutschland und hier in Schleswig-Holstein darüber gesprochen werden, was gut und was weniger gut funktioniert hat. Warum etwa die Besitzer von Ölheizungen und die Haushalte mit Holzversorgung anfangs so gar nicht im Fokus der Politik waren. Ob die Hilfen zu Lasten der Steuerzahler zielgerichtet erfolgen? Und nicht zuletzt: Was man uns verschwiegen hat, was kleingeredet wurde. Was nicht passieren darf, ist ein Zurück zum „Alltag“ ohne intensiven Rückblick auf fast drei Krisenjahre, in denen die Politik manchmal erst spät und unzureichend geantwortet hat auf die Fragen der Menschen.

## BdSt intern Mitgliederversammlungen

Wegen der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie mussten unsere Mitgliederversammlungen in den Kreis- und Bezirksverbänden des BdSt Schleswig-Holstein in den letzten Jahren leider ausfallen. In diesem Jahr beginnen wir wieder mit den regulären Veranstaltungsabläufen.

Alle Mitglieder werden zu den Versammlungen in ihren Kreis- und Bezirksverbänden eingeladen. Dort haben Sie nicht nur die Möglichkeit, sich über aktuelle Themen des BdSt persönlich zu informieren, sondern Sie können auch selbst aktiv an unserer Arbeit mitwirken. Dazu gibt es unsere Kreis- und Bezirksbeiräte. In diesen treffen sich aktive Mitglieder zum regelmäßigen Gedankenaustausch. Hier werden Verschwendungsfälle aus der Region zusammengetragen, aktuelle Themen der Kommunalpolitik diskutiert und wichtige Informationen ausgetauscht.

Neben der Zusammensetzung der Kreis- und Bezirksbeiräte werden auf den Mitgliederversammlungen auch die Delegierten für die einmal jährlich stattfindende Jahreshauptversammlung des Landesverbandes gewählt. Dort können sie nicht nur über Vorstand und Verwaltungsrat beschließen, sondern auch aktiv an der Arbeit des Landesverbandes mitwirken.

Alle Mitglieder erhalten eine persönliche Einladung zu den Versammlungen. Wenn Sie sich bereits vorab über die Möglichkeiten der aktiven Mitarbeit in unserem Verband informieren wollen, wenden Sie sich dazu gerne an unsere Landesgeschäftsstelle in Kiel. Dort erhalten Sie auch die Kontaktdaten ihrer Kreis- und Bezirksbeiräte.

## Impressum

**Herausgeber:** Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V.  
www.steuerzahler-sh.de

**Redaktion:** Rainer Kersten, Lornsenstr. 48, 24105 Kiel, Tel. 0431/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, E-Mail: schleswig-holstein@steuerzahler.de

**Verlag:** BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

**Verantwortlich:**  
Roger H. Müller, Rainer Kersten

**Erscheinungsweise:** 9 x jährlich  
**Auflage:** 7.500, 52. Jahrgang, 1/2023

**Anzeigenverwaltung:** Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

**Konzeption & Gestaltung:**  
J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

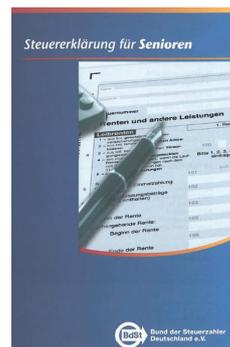
**Satz:** LINE Media Agentur, info@linemedia.de, 04334/18 91 18

**Druck & Versand:** Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

## Steuererklärung für Senioren



Die Zahl der Rentner und Pensionäre steigt, die eine Steuererklärung abgeben müssen. Mit diesem kleinen Ratgeber wollen wir eine Hilfestellung geben. Der aktuelle Ratgeber „Steuererklärung 2022 für Senioren“ kann ab sofort beim Nord-Kurier angefordert werden. Besonders wertvoll ist die Ausgabe für alle steuerpflichtigen Rentenbezieher. Die Broschüre kann gegen eine Schutzgebühr von 2,50 Euro (inklusive Mehrwertsteuer und Versand) angefordert werden beim:



**NORD-KURIER Verlag und Werbe-GmbH**  
Lornsenstraße 48, 24105 Kiel  
Tel. 0431/99 01 65-0  
Fax 0431/99 01 65-11  
schleswig-holstein@steuerzahler.de  
Mit der Broschüre erhalten Sie eine Rechnung.